

11

Anfrage in der Fragestunde der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Verweigert das Bürgeramt Auskunftssperren zum Schutz vor rechtsextremer Gewalt?

Wir fragen den Senat:

1. Inwieweit trifft es zu, dass die Meldebehörde beim Bürgeramt im Jahr 2019 mehrere Anträge auf Eintragung oder Verlängerung einer Auskunftssperre im Melderegister für Personen abgelehnt hat, die für öffentlich geförderte Beratungsangebote gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit tätig sind?
2. Wie stellt der Senat sicher, dass das Bürgeramt die rechtlichen Spielräume für Auskunftssperren zum Schutz vor rechtsextremer Gewalt voll ausreizt?
3. Wird sich der Senat für eine Änderung des Bundesmeldegesetzes einsetzen, um Menschen, die mit Hass, Hetze und Bedrohung konfrontiert sind, besser zu schützen?

Kai Wargalla, Björn Fecker und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN